



Zusammenfassung der Ergebnisse der bundesweiten Abfrage zu Folgen der Corona Pandemie auf Inklusionsfirmen in Deutschland

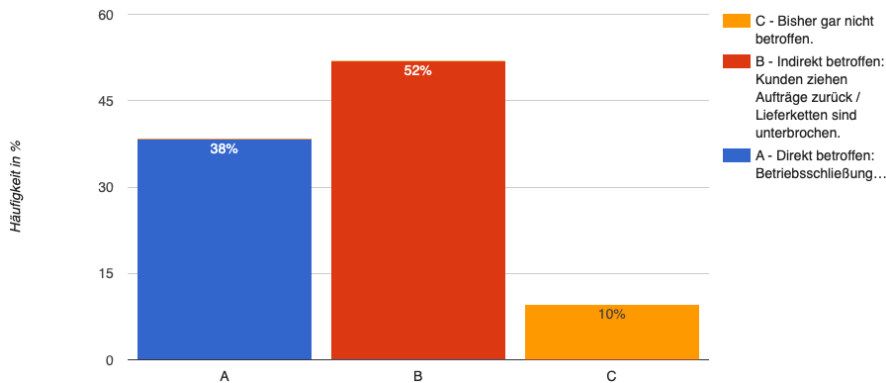
Die gegenwärtige Corona Pandemie und die zum Teil sehr drastischen Einschnitte der Behörden haben die Inklusionsbetriebe vor große Herausforderungen gestellt. Wir - ein Zusammenschluss der BAG Inklusionsfirmen e.V., der Schneider Organisationsberatung, der Handwerkskammer Münster, der NBank und der FAF GmbH - haben eine bundesweite Umfrage initiiert, die es erlaubt, umfassende Daten möglichst vieler Inklusionsbetriebe, innerhalb eines konkreten Zeitraums zu erheben. Ziel war es, Entscheidungsgrundlagen für weitere Maßnahmen zu erhalten.

Die Befragung wurde im Zeitraum vom 24.03. – 28.03.2020 durchgeführt und hat 844 Inklusionsunternehmen und -abteilungen erreicht.

Insgesamt haben sich 442 Teilnehmende an der Befragung beteiligt. 342 Teilnehmende haben die Befragung vollständig bearbeitet, 100 haben die Befragung im Verlauf abgebrochen. Insgesamt haben 84 % Inklusionsunternehmen und 16 % Inklusionsabteilungen die Befragung gestartet.

Die ausführlichen Ergebnisse der Befragung finden Sie auf den Webseiten: <https://www.faf-gmbh.de>, <https://bag-if.de>, <https://www.hwk-muenster.de/de>, <https://www.nbank.de>, <https://www.schneider-beratung.eu>. Hier verweisen wir auf den jeweiligen „News-“ oder „Download-“bereich.

Wie vermutet, sind die Auswirkungen der Corona Pandemie und der damit einhergehenden Maßnahmen für den Großteil der Inklusionsfirmen von Bedeutung. Lediglich 10 % gaben an, in der letzten März-Woche 2020 nicht betroffen zu sein. 38 % der befragten Unternehmungen weisen eine direkte Betroffenheit durch die aktuellen Corona Maßnahmen des Bundes und der Länder auf. Bei 28 % der Unternehmen wurde der Betrieb sogar behördlich geschlossen. 52 % sind von den Maßnahmen indirekt betroffen, zum Beispiel durch eine Unterbrechung der Lieferketten oder weil die Kunden Aufträge storniert haben. Bei 60 % war das gesamte Unternehmen und bei 40 % waren einzelne Bereiche von den Auswirkungen betroffen. Diese Angaben variieren sehr stark je nach Branche. So sind in der Gastronomie und Hotellerie 83 % der Unternehmen durch die Maßnahmen betroffen.

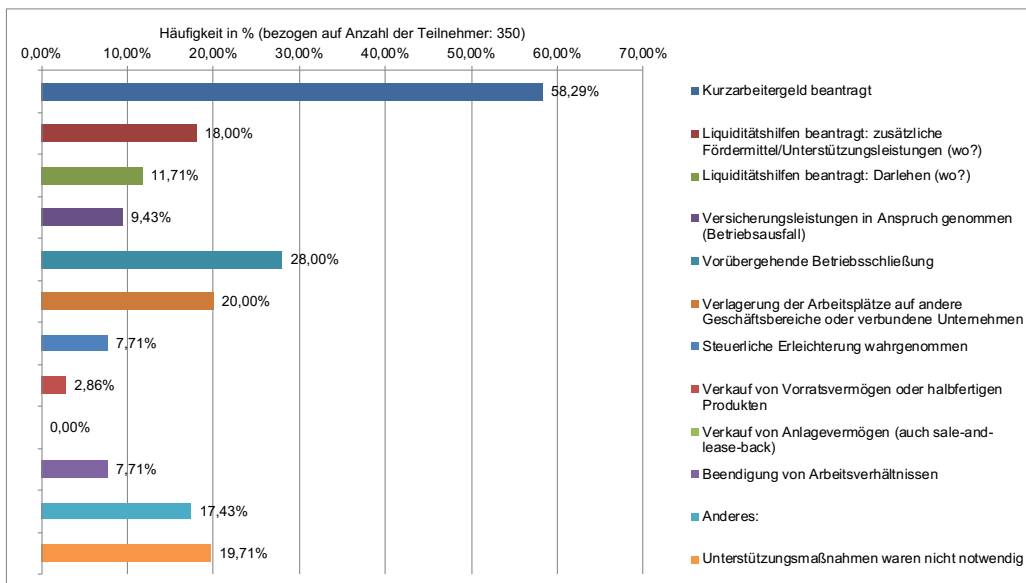


Betroffenheit durch Krise (n= 398 Teilnehmer und 354 Antworten)

Die Beantragung von Kurzarbeitergeld wurde bis Ende März bereits von 58 % der Befragten (auch hier gibt es branchenspezifische Unterschiede: Hotel/Gastronomie: 85 %; Branchen mit Kundenkontakt: 80 %) durchgeführt. 20 % konnten aber auch Personal in anderen Geschäftsbereichen einsetzen; bei 8 % wurden bereits Arbeitskräfte entlassen.

Trotz der anfänglichen Unsicherheiten bezüglich der bundesweiten und länderspezifischen Unterstützungsmöglichkeiten haben 18 % Liquiditätshilfen in Form von Fördermitteln und 12 % in Form von Darlehen beantragt. 20 % gaben an keine Unterstützungsmaßnahmen zu benötigen.

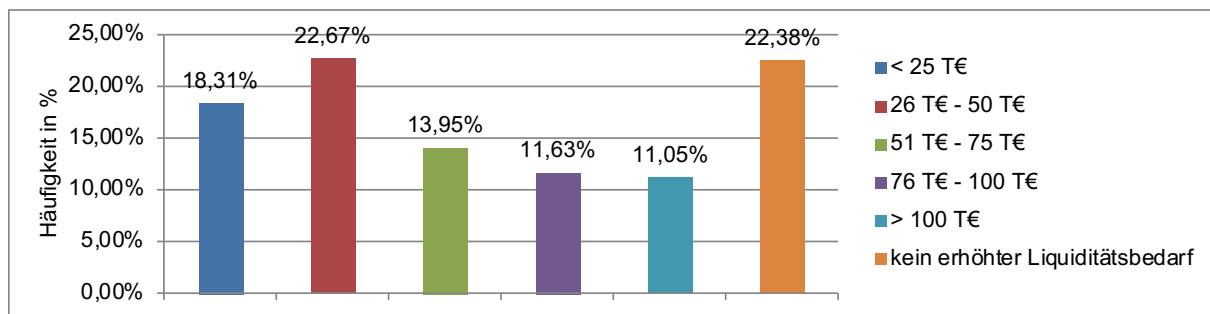
Frage: Welche Maßnahmen haben Sie zur Absicherung Ihres Unternehmens (insbes. Zahlungsfähigkeit) bereits ergriffen?



Maßnahmen zur Absicherung (n= 350 Teilnehmer und 703 Antworten)

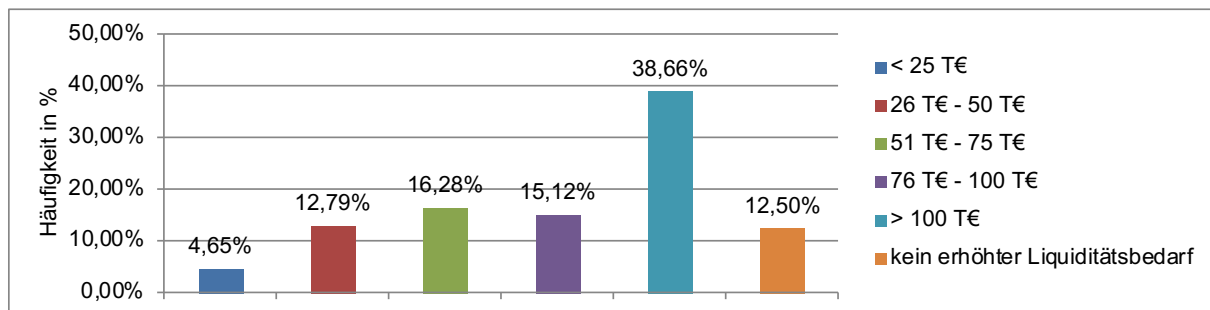
Es war anzunehmen, dass die Auswirkungen der Krise besonders die Liquidität der befragten Inklusionsunternehmen belasten wird, da die Möglichkeit der Rücklagenbildung auch aufgrund der oftmals vorliegenden Gemeinnützigkeit beschränkt ist.

Bei der Einschätzung des voraussichtlichen Liquiditätsbedarfs aufgrund einer 6-wöchigen Beschränkung durch Maßnahmen gaben 41 % an, einen Liquiditätsbedarf bis zu 50 T€ zu benötigen. 26 % schätzten den Bedarf zwischen 50 – 100 T€ und weitere 11 % sahen einen Bedarf über 100 T€ voraus. Weitere 22 % sahen in diesem Szenario keinen erhöhten Liquiditätsbedarf.



Liquiditätsbedarf falls die einschränkenden Maßnahmen bis zu 6 Wochen andauern
(n= 345 Teilnehmer und 344 Antworten)

Bei einschränkenden Maßnahmen über den Zeitraum von 6 Wochen hinaus ändert sich das Bild. Hier sinkt die Zahl derer ohne Liquiditätsbedarf auf 12 %. Die Zahl derer mit einem Bedarf über 100 T€ steigt auf 39 % und zwischen 50 -100 T€ auf 31 %. Der Bereich bis zu 50 T€ Liquiditätsbedarf wird in dem verlängerten Szenario von 18 % angegeben.



Liquiditätsbedarf falls die einschränkenden Maßnahmen länger als 6 Wochen andauern
(n= 345 Teilnehmer und 344 Antworten)

So verwundert es auch nicht, dass sich 73 % der Befragten Unterstützungsbedarf bei der Absicherung von Liquidität durch Fördermittel und weitere 19 % durch Darlehen wünschen.

Die Krise, aber auch die eingeleiteten Maßnahmen überholen uns tagtäglich. So ist es auch nicht verwunderlich, dass mehr als die Hälfte der befragten Inklusionsbetriebe Informationen über die möglichen Unterstützungsmöglichkeiten jedweder Art benötigen. Etwas weniger, nämlich 45 % brauchen zusätzlich Hilfen bei der Beantragung der Leistungen. Dies unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland, abhängig von dem Umfang und den Anforderungen der Antragsformulare und Zugangsvoraussetzungen. Hier zeigen sich zum Teil erhebliche Unterschiede.

Krisenzeiten erschweren eine Planung. So benötigen 24 % Hilfe beim Umgang mit ungewissen Planungshorizonten und ebenfalls 24 % benötigen Unterstützung Lösung von neuen Herausforderungen des Personalmanagements. Für 18 % ist die Herausforderung zur Erstellung von Pandemieplänen und Schutzmaßnahmen mit Unterstützungsbedarf gekoppelt.

Frage: Bei welcher der aktuellen Herausforderungen gibt es aus Ihrer Sicht Unterstützungsbedarf?

Optionen	Anzahl	Häufigkeit nach Teilnehmer	Häufigkeit nach Antworten
Sicherung der Liquidität durch zusätzl. Fördermittel/ Unterstützungsleistungen	255	73,49%	25,53%
Informationen hinsichtlich der möglichen Unterstützungsleistungen	198	57,06%	19,82%
Umsetzung der Beantragung von Unterstützungsleistungen	155	44,67%	15,52%
Umgang mit unsicheren Planungshorizonten	85	24,50%	8,51%
Hinweise zum Personalmanagement (Umgang mit Unsicherheiten, Personaleinsatzplag. i.d. Krise et.)	84	24,21%	8,41%
Sicherung d. Liquidität durch Darlehen	66	19,02%	6,61%
Einführung von Pandemieplänen und Schutzmaßnahmen im Unternehmen	62	17,87%	6,21%
Sicherung der Belieferung (Einkauf)	38	10,95%	3,80%
Aufbau anderer Distributions- und Vermarktungskonzepte (z.B. Einrichten eines Lieferservices)	34	9,80%	3,40%
Anderes:	22	6,34%	2,20%
	999 Antworten		347 TN

Unterstützungsbedarf (n= 347 Teilnehmer und 999 Antworten)

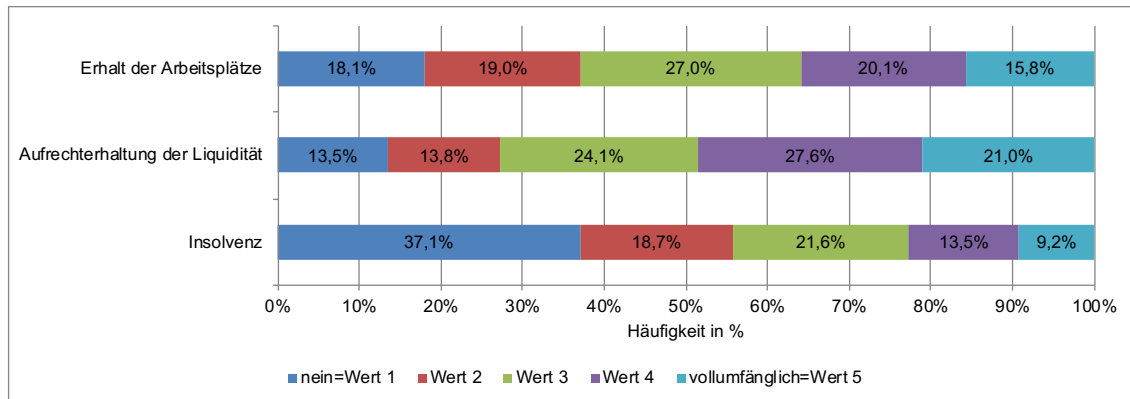
Wir wollten auch gerne wissen, ob sich bereits zum Anfang der Krise Umsatzeinbrüche abzeichnen.

45 % der Befragten sehen bei Maßnahmen bis zum 30.04.2020 Umsatzrückgänge von bis zu 20 % voraus. Der Mittelwert liegt bei 27,5 %. Für 6 % ist ein Umsatzeinbruch von 50 bis 100 % denkbar. Sollten die Maßnahmen jedoch bis zum 30.06.2020 ausgeweitet werden, erwartet die Mehrzahl (55 %) einen Umsatzeinbruch von 40 - 80 %. Der Mittelwert steigt auf 46 %. Weitere 4 % gehen von einem totalen Umsatzverlust aus.

Schließlich machten wir die Gefährdung des jeweiligen Unternehmens an drei Parametern fest: Aufrechterhaltung der Liquidität, Verlust von Arbeitsplätzen und schließlich Insolvenzgefahr.

Für die Hälfte der befragten Unternehmen war zum Stand 28.03.2020 die Aufrechterhaltung der Liquidität die größte Herausforderung. 35 % sahen eine größere Gefahr beim Erhalt der Arbeitsplätze und 23 % schlossen eine mögliche Insolvenz nicht aus. Hier besteht akuter Handlungsbedarf. Auf der anderen Seite waren aber auch nicht alle Unternehmen gefährdet. 18 % sahen keine Gefährdung der Arbeitsplätze und 37 % keine Insolvenzgefahr voraus. Rund ein Viertel der Befragten Unternehmen waren Ende März in allen drei abgefragten Bereichen noch nicht entschieden.

Frage: Besteht derzeit (27.03.2029) eine Gefährdung Ihres Inklusionsunternehmens durch die Corona-Pandemie hinsichtlich:



Einschätzung der Gefährdung des Inklusionsbetriebes (n= 348 Teilnehmer und 348 Antworten)

Zum Zeitpunkt der Umfrage bestanden noch viele Fragen in Bezug auf Hilfsprogramme und die Dauer der ergriffenen Maßnahmen. Die Dynamik der Ereignisse und Maßnahmen lassen derzeit nur eine aktuelle Momentaufnahme zu, die den Sachstand der letzten März-Woche widerspiegelt.

Es bedarf einer weiteren Beobachtung, um die Wirkung der aufgelegten Hilfsprogramme abschätzen zu können und ein noch genaueres Bild der durch die Maßnahmen eintreffenden Beeinträchtigungen zu erhalten.